

Deutschland.

Berlin, 17. Oktober. Der König traf gestern Vormittags 10¼ Uhr, begleitet von dem Flügel-Adjutanten, Oberstlieutenant Graf Kanitz, vom Schlosse Babelsberg hier ein, nahm zunächst, im Beisein des Prinzen August von Württemberg und des Stadtkommandanten v. Alvensleben, mehrere Meldungen von Offizieren des Garde-Korps entgegen und arbeitete darauf mit dem Chef des Militär-Kabinetts v. Trescow und dem General-Adjutanten v. Alvensleben. Mittags 1 Uhr fuhr der König zur feierlichen Grundsteinlegung der Zionstraße, verweilte alsdann einige Zeit in dem Männer-Siegenhause in der Schönhauser Allee und konferierte um 3 Uhr mit dem Unterstaats-Sekretär v. Thile und dem Geh. Rath v. Savigny. Abends besuchte der König die Vorstellung im Schauspielhause mit einem Besuche und übernachtete alsdann im hiesigen Palais.

Der Kronprinz wird sich morgen früh, an seinem Geburtstage, mit der Familie nach Pareß begeben und von dort Nachmittags nach Potsdam zurückkehren. Um 6 Uhr ist im neuen Palais zur Feier des Tages Familientafel.

Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, dem Landtage bei seinem Wiederzusammentritt einen Gesekentwurf vorzulegen, der die Lauenburgische Angelegenheit zu regeln bestimmt ist.

Von einigen Seiten nennt man den Regierungs-Präsidenten in Marienwerder Graf zu Eulenburg (Mitglied des Herrenhauses und während des Manteuffel'schen Regime's Präsident der zweiten Kammer) als Nachfolger des Baron v. Schnft-Pilsach für den Posten des Oberpräsidenten von Pommern, nach anderer Version hofft man den dort allgemein verehrten Grafen Schwerin-Pupar an diese Stelle gesetzt zu sehen. An entscheidendem Orte ist darüber noch kein Beschluß gefaßt und es dürfte überhaupt den Verhandlungen über die Besetzung der erledigten Verwaltungsposten erst näher getreten werden, wenn die Mitglieder des königlichen Staatsministers vollständig hier versammelt sind.

Der General-Postdirektor v. Philippborn ist von seiner Dienstreise nach den Hansestädten und Lauenburg wieder hier eingetroffen.

In den nächsten Tagen beginnt wieder ein sechsmonatlicher Lehrkursus für Offiziere bei der königlichen Central-Turn-Anstalt, ein großer Theil der hierzu kommandirten Offiziere verschiedener Infanterie-Regimenter ist bereits hier eingetroffen.

Der General-Freiherr v. Moltke befindet sich gegenwärtig in Ragaz.

Es ist die ausgesprochene Absicht, die hinterbliebenen Wittwen der im Kriege Gefallenen oder in Folge von Beschädigungen und Krankheiten bis zur eingetretenen Demobilisirung Gestorbenen in Erweiterung des Invalidengesetzes vom Juli v. J., mit Unterstützungen zu bedenken. In Folge dessen sind, wie die „R. Ztg.“ meldet, die Bezirks-Kommandos der Landwehr-Bataillone angewiesen worden, eine spezielle Nachweisung über die Verhältnisse der zu Unterstützungen schleunig einzurichten. Die Bezirks-Kommandos haben das Ermittlungsgeschäft in die Hände der Gemeinden gelegt, welche nunmehr damit beschäftigt sind, eine Liste derjenigen Wittwen solcher Landwehrmänner anzufertigen, welche in einem Besatzungs-Bataillon den Feldzug von 1866 mitgemacht haben, und zwar sollen diese Listen unter Angabe der Namen, Charge und Truppentheils der Verstorbenen, sowie der Anzahl der hinterbliebenen, im Hause der Wittwen lebenden Kinder unter 15 Jahren, spätestens bis zum 20. Oktober d. J. den Bezirks-Kommandos eingereicht werden. Uebrigens sollen gleichzeitig auch die Namen von etwa vorhandenen Wittwen solcher Landwehrleute, welche in dem Feldzuge gegen Dänemark geblieben sind, unter gleicher Angabe über die früheren Verhältnisse der Verstorbenen und die Zahl ihrer Kinder mit eingereicht werden.

Die „Voss. Z.“ schreibt: Wie uns mitgetheilt wird, hat auch der Geh. Justizrath Laddel sein Mandat als Abgeordneter definitiv niedergelegt, wozu ihn insbesondere wiederholte Krankheitsanfalle und die Rücksicht auf sein 80jähriges Lebensalter veranlaßt haben.

Die Publikation des Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes dürfte binnen Kurzem erfolgen.

Die neue Dislokation der preussischen Armee ist, wie wir hören, nunmehr festgesetzt und dürfte in den nächsten Tagen zur öffentlichen Kenntniß gelangen. Die darüber in der Presse vorläufig verbreiteten Mittheilungen sind, wie wir hören, in mehrfacher Beziehung irrtümlich und vermuthlich einem früheren Stadium der Verhandlungen entnommen.

Für die Absender von Privatpäckchen an die im Königreich Sachsen lebenden preussischen Truppen theilen wir zur Beachtung mit, daß zur Beförderung derselben gegen ermäßigtes Porto Frankirung bei der Auflieferung Bedingung ist.

Die Führer der national-polnischen Partei in Westpreußen bemühen sich, wie der „R. Z.“ geschrieben wird, unter der polnischen Bevölkerung dieses Landestheiles eine Monstrepetition gegen den Eintritt desselben in den norddeutschen Bund zu Stande zu bringen und Westpreußen darin als ein polnisches Land darzustellen.

Nachdem die österreichische Regierung den preussischen Konsuln in den österreichischen Häfen das ihnen während der Kriegsereignisse entzogene Exequatur wiederertheilt hat, ist auch, wie die „B.-u. S.“ mittheilt, den diesseitigen österreichischen Konsuln, denen das Exequatur ebenmäßig entzogen werden mußte, dasselbe von der königl. Regierung wieder verliehen.

Hannover, 15. Oktober. (N. A. Z.) Heute Abend wird nach sicherer Mittheilung der Civil-Kommissar Frhr. v. Hardeberg hier eintreffen, nachdem sein Begleiter Hr. v. Thielau von der Berliner Reise bereits gestern zurückgekehrt ist. Die Herren

vom Magistrat und der Bürgervorsteherschaft erwarten, daß der Civil-Kommissar ihnen die erbetene Erlaubniß mitbringen wird, sich Sr. Majestät dem Könige vorzustellen und die jüngst von ihnen beschlossene Adresse zu überreichen, die mit einer aufrichtigen Huldigung die Bitte verbindet, für die fernere gedeihliche Entwicklung der Stadt Sorge tragen zu wollen. Die Stimmung in diesen Kreisen, sowie in der Beamtenwelt scheint sich, soweit sie nicht schon seit längerer Zeit befriedigend war, von Tag zu Tag wesentlich zu bessern. Namentlich die jüngeren Beamten, wie die jüngere Generation der gelehrten Stände überhaupt, denkt über das, was geschehen und was zu erwarten, soweit ich höre, durchweg verständlich. Dasselbe gilt von der Mehrzahl der größeren Kaufleute und Fabrikanten. Auch ein Theil des Adels ist, wie ich aus verschiedenen Richtungen vernehme, auf dem Wege zur Umkehr. Die Herren von der Partei Bennigsen's können sich noch nicht recht entschließen, dem Bundesstaat, für den sie so lange und so ausdauernd gewirkt, Valet zu sagen und den Einheitsstaat, soweit er vollendet, freudig zu begrüßen. Aber mit wenigen Ausnahmen, die beiläufig mehr subalternen Naturen sind, sind sie durchaus einig, daß der neue Zustand anerkannt und die Politik der Regierung ohne Rückhalt wenigstens in allen nationalen Fragen kräftig unterstützt werden muß. Im Allgemeinen kann man sagen: wäre die Presse hier zu Lande schon der Ausdruck der öffentlichen Meinung, so könnte man zufrieden sein. Wie die Dinge liegen, ist sie bloß Arbeiterin eines Theiles der Gebildeten für die Belehrung und Heranziehung der Uebrigen, die namentlich in den unteren Klassen noch weit zurück sind, sich noch mit den abgeschmacktesten Märchen und Gerüchten trösten und aufregen lassen, an die hunderttausend Russen, die zur Wiedereroberung Hannovers in — Kopenhagen gelandet sind, glauben und sich nach wie vor den erschrecklichsten Vorstellungen von den preussischen Steuern und Militärlasten hingeben. Hier wäre weniger Polemik, als Belehrung über diese und andere preussische Institutionen am Orte. Die „Butgers“, welche sich das Vergnügen machen, Proklamationen und Theaterzettel abzureißen und anderen patriotischen Unfug zu treiben, kann man ruhiger ansehen. Einer, gestern dabei ertappt, erklärte weinend der Polizei, er „hätte es nur aus Dummheit gethan“, und das mag von Allen gelten, wenn man noch ein Paar Loth Standhaftigkeit hinzusetzt. Die welfischen Hezer in Wien, die durchschnittlich jede Woche eine neue Aufschulungsschrift austreuen lassen — die neueste, „des Königs Legion“ leistet das Ueberste von ingrimmiger Bombast — werden die Umkehr und Einkehr der Klügleren nicht lange mehr aufhalten, und auf die Klügleren kommt es zuletzt allein an. Mißmuth erregte dagegen in vielen Kreisen die in diesen Tagen ergangene Ministerial-Bekanntmachung, nach welcher dem Lande ein außerordentlicher Steuerzuschlag für den Monat November auferlegt wird, der den Zweck hat, die Entschädigung der durch die Naturalverpflegung der Truppen in den letzten vier Monaten Betroffenen vornehmen zu können. In Harburg haben Magistrat und Bürgervorsteher-Kollegium sogar eine Immediat-Eingabe an den König beschossen, die gegen die Steuer-Erhöhung protestirt. Nur ein sehr thörichter Egoismus wird in letzterer etwas Anderes finden, als eine selbstverständliche und unumgängliche, weil von der Gerechtigkeit geforderte Maßregel, und jene Klügleren erkennen die gute Absicht auch bereitwillig an. Nur betrachten sie das Mittel als inopportun, da in Welschland Niemand Scherz versteht, Steuererhöhungen unter allen Umständen unbeliebt sind und Dinge der Art jetzt, wo es zu beruhigen gilt, besonders leicht Verdruß erregen. Man sollte, sagt man, sich damit nicht introduzieren, da es das Vorurtheil gegen die preussischen Einrichtungen verstärken muß, und man hätte leicht aus den Ueberschüssen der Kassen das Bedürfniß decken können. Die Herren, die so raisonnieren, haben im ersten Theil ihrer Betrachtung ohne Zweifel Recht, aber sie vergessen oder übersehen dabei nur Eine: sie sehen voraus, daß die Kassen Hannovers überhaupt Ueberschüsse für den gedachten Zweck darboten, und sie iren darin. Die Kassen waren einmal gefüllt, aber sie waren leer, als man sie jetzt brauchte; sie waren schon seit Monaten, schon seit dem 16. Juli leer, ihr Inhalt war mit dem scheidenden Welfenthum ins Ausland gewandert. Wer daher klagen zu müssen meint, der wird wohlthun, seine Klage nach Wien und nicht nach der hiesigen Georgstraße zu adressieren. Die Uebrigen aber sollten die Maßregel mindestens als erste Probe der preussischen Gerechtigkeit begrüßen, und wie die Dinge sich anlassen, ist dies wenigstens von einem guten Theile der Hannoveraner zu erwarten.

Hannau, 14. Oktober. Auf Berufung durch den Kurfürsten ist Professor Pernice von Göttingen, der Verteidiger der Ansprüche Dänemarks auf Schleswig-Holstein, hier eingetroffen, um in dem mancherlei noch schwebenden Fragen sich gutachtlich zu äußern.

Wiesbaden, 15. Oktober. Die Vereinigung Nassau's mit dem preussischen Staate wurde gestern durch ein Festmahl in einem hiesigen Gasthose gefeiert, zu welchem sich mehr als zweihundert Theilnehmer gemeldet und eingefunden hatten. Herr von Patow und General Beyer waren dazu erschienen, zahlreiche Offiziere, namentlich vom 36. Infanterie-Regiment, sowie hier weilende Kurgäste aus den altpreussischen Landestheilen gesellten sich zu den Einheimischen. Des Königs starke Hand, sagte Herr von Patow in seinem Trinkspruch, habe den Nassauern ein neues, großes Vaterland gegeben; diese Hand sei aber auch milde und werde ihnen Glück und Zufriedenheit bringen. Im Namen der hiesigen erwiderte Präsident Hergenbahn, daß sie bisher treue Nassauer gewesen, von jetzt an aber eben so gute Preußen sein würden; laute Zustimmung unterbrach ihn bei den Worten: auch unsere Söhne werden künftig mit der großen preussischen Armee dem Rufe folgen: vorwärts mit Gott für König und Vaterland. Der Redner schloß mit einem Hoch auf Deutschland. Das Festmahl

verlieh in gehobener Stimmung und in freundschaftlichem Verkehr aller Anwesenden.

Der königliche Kommandeur der Truppen in Hessen, Nassau und Frankfurt, General v. Plonsky, hat bei Gelegenheit einer Inspektion des Restes der hessischen Brigade in Wiesbaden am 12. den Offizieren eröffnet, daß sie sich in ganz kurzer Frist darüber zu erklären hätten, ob sie in der königlichen (preussischen) Armee dienen oder nach Maßgabe der Kapitulationsbedingungen ihren Abschied und Pension nehmen wollen. Man glaubt, daß sämtliche Artillerieoffiziere in die königliche Armee eintreten werden: die Ober- und Stabsoffiziere der übrigen Korps werden fast ohne Ausnahme Abschied und Pension nehmen. Diese beträgt z. B. bei einem Major mit 2500 Gulden Besoldung mindestens 16—1800 Gulden.

Leipzig, 15. Oktober. Der Stadtrath von Leipzig hat eine Adresse an den König von Sachsen gerichtet, welche unter eindringlicher Darlegung der traurigen Lage des Landes um Beschleunigung des Friedensschlusses bittet. Die Adresse schildert im Eingang die Lähmung der Produktionskraft des Volkes, welche sich durch die Opfer, die die Situation erheische doppelt beschwert fühle. Dazu komme die tief in alle materiellen Verhältnisse eingreifende Ungewißheit. Es heißt alsdann weiter:

Nichts ist aber mehr geeignet, die Kraft des Volkes mehr zu lähmen, die Gemüther mehr zu drücken und alles geistige Leben zu vernichten, als solcher Zustand der Ungewißheit, als solche materielle Noth, zu deren Hebung oder doch mindestens Linderung es nach der allgemeinen Auffassung nur einer allerhöchsten Entschliebung bedarf, welcher jedoch vergeblich entgegengeharrt wird. Jemehr wir uns aber bewußt sind, daß alle unsere Handlungen bisher nur durch die treueste Hingabe und Verehrung an Ew. Kgl. Majestät und das ganze hohe Königshaus, durch die innigste Liebe zu unserem Vaterlande bestimmt worden sind, um so mehr halten wir uns für verpflichtet, Ew. Königl. Maj. diese unsere Wahrnehmungen offen und wahr darzulegen, denn wir würden uns an dieser Treue verständigigen, wollten wir noch ferner hierüber schweigen. Diesen Gefahren, diesen Bedrängnissen kann aber nach unserer redlichsten Ueberzeugung nicht mehr anders begegnet werden, als durch eine rückhaltlose Anerkennung der Gewalt der jüngsten welterschütternden Thatfachen, und wir dürfen daher auch nicht länger zögern, Ew. Königl. Majestät mit der ganzen Wärme unseres Herzens in tiefster Ehrfurcht zu bitten: „Ew. Königl. Majestät wollen in Anerkennung dieser Thatfachen geruhen, unter engstem Anschlusse Sachsens an den norddeutschen Bund den Frieden mit dem Königreich Preußen abzuschließen, um Allerhöchsthre Armee beurlauben und in die Heimath entlassen zu können.“

Wien, 15. Oktober. Das kaiserliche Handschreiben an den Staatsminister Graf Belcredi wird von der „Presse“ als diejenige Manifestation bezeichnet, welche man für die Zeit der Veröffentlichung des österreichisch-italienischen Friedensvertrages erwartet hatte. „Es hieß, so fährt das genannte Blatt fort, daß diese Kundgebung auch von politischer Bedeutung sein, daß sie die „neue Aera“, in welche wir durch die Friedensschlüsse treten, gleichsam inauguriere, und insbesondere die Eröffnung der Aktion zur Lösung der Verfassungswirren ankündigen werde. Von allem dem finden wir jedoch in dem Aktenstücke nichts, als einen politisch nicht bedeutungsvollen Hinweis auf die Landtage der „Königreiche und Länder“. Auch bezüglich der künftigen auswärtigen Politik Oesterreichs enthält das kaiserliche Handschreiben keine positive Andeutung. Die Manifestation beschränkt sich im Wesentlichen darauf, den von der feindlichen Okkupation heimgesuchten Ländern des Reiches, welche zu besuchen der Kaiser im Begriffe steht, Linderung ihrer Leiden zu verhelfen, und kann deswegen der besten Aufnahme in diesen Ländern gewiß sein. Schon der Umstand, daß der kaiserlichen Kundgebung nicht der Charakter ein Manifestes an die Völker verliehen wurde, deutet darauf hin, daß man dieselbe nicht zu einem politischen Programm gestalten wollte. Die Lage des Reiches ist jedoch eine solche, daß dessenungeachtet erwartet werden muß, die Aktion in der Verfassungsfrage werde nicht lange mehr hinausgeschoben werden können.“

Der Statthalter von Böhmen, Graf Rothkirch-Panthen hat an die städtischen Behörden in Prag eine Zuschrift gerichtet, die in ziemlich schroffen Worten verlangt, es möge den unausgesetzten Insulten gegen die herberufenen Väter vom Orden Jesu energig Einhalt gethan werden.

Paris, 14. Oktober. (N. Fr. Z.) Das „Mémorial dipl.“ bringt einen Artikel, welcher wirklich Aufsehen macht, weil man ihn für inspirirt hält, d. h. von der österreichischen Bottschaft. Ich weiß nicht, ob er das Gerüde werth ist, will Ihnen aber doch den kühnen Schluß abschreiben. Derselbe lautet: „Wir leben in einer Zeit, in welcher die politische Unerfrodenheit, die mit der allgemeinen Erschlaffung bricht, ihre Früchte trägt. Möge Oesterreich denn am hellen Tage seine Finanzreform und seine Armeereform vornehmen! Möge es nicht fürchten, seine zerfetzte Fahne hoch zu halten! Möge es sich zu seinem Programm bekennen, seine Politik klar legen, getrost; denn es hat niemals mehr Freunde gezählt, als gerade jetzt. Die öffentliche Meinung und die Presse sind für Oesterreich, die Italiener und die Liberalen aller Schattirungen sind seine Bundesgenossen, seitdem Venedig frei! Frankreich weiß besser, als jedes andere Land, wie viele Interessen den beiden großen katholischen Mächten gemeinsam sind; man kann die Lösung der orientalischen Frage nicht ohne Oesterreich versuchen. Die Idee der Verringerung Oesterreichs erfüllt Europa mit Schrecken. Und Oesterreich weiß heute selbst noch nicht, ob nicht die deutsche Familie für die Zukunft, für ihre Befreiung auf Oesterreich rechnet! Also getrost! Man muß zu wagen wissen!“ — Was soll diese son-

